

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 26. Mai 2021

Aktuelle Stunde

Die Abgeordneten haben in einer Aktuellen Stunde ein Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt. Anlass waren antisemitische Demonstrationen im Zuge der jüngsten Eskalation des Nahost-Konflikts. S. 3

Plenum

Der Landtag hat eine neue Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs und eine neue Landesdatenschutzbeauftragte gewählt. Themen waren auch die Zukunft der Innenstädte und der Klimaschutz. S. 4

Schwerpunkt

Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben sich Sachverständige zum „Sozialbericht NRW 2020“ geäußert. Der Bericht der Landesregierung wird einmal pro Legislaturperiode vorgelegt. S. 9

Ausschüsse

Themen der Fachausschüsse im Mai waren u.a. das Jubiläum „75 Jahre NRW“, ein Bericht der scheidenden Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs und die Lage junger Menschen in der Corona-Pandemie. S. 14

Ausblick

Debatte über Jungsein in der Pandemie





Foto: mapoli-photo / Adobe Stock

Arm und reich

<u>Anhörung im Fachausschuss zum „Sozialbericht NRW 2020“</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Aus dem Plenum

Zeichen gegen

Antisemitismus S. 3

Meldungen S. 4

Corona: Die Jungen

im Blick S. 7

Gesetzgebung S. 8

Aus den Fraktionen S. 12

Aus den Ausschüssen

Meldungen S. 14

Im Porträt

Mehrdad Mostofizadeh

(Grüne) S. 15

Kurz notiert S. 16

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 21. Mai 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

PLENUM

Klares Zeichen gegen Antisemitismus

Landtag verurteilt antijüdische Demonstrationen und Übergriffe

20. Mai 2021 – Nach der jüngsten Eskalation des Nahost-Konflikts hat es auch in Nordrhein-Westfalen antisemitische Demonstrationen und Übergriffe gegeben. In einer Aktuellen Stunde stellten sich die Abgeordneten des Landtags an die Seite der Jüdinnen und Juden im Land und sicherten ihnen ihre Solidarität zu. Zuvor hatte sich bereits der Innenausschuss in einer Sondersitzung mit dem Thema befasst.

Für die Debatte lagen ein Antrag der AfD-Fraktion (17/13816) sowie ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen vor (17/13817).

Helmut Seifen (AfD) sagte, aus der deutschen Geschichte entstehe eine besondere Verpflichtung, Jüdinnen und Juden ein sicheres und friedliches Leben zu garantieren. „Der Gewaltakt gegen Juden im Nationalsozialismus war auch ein Gewaltakt gegen das eigene Land.“ Dies sei aufgrund der „intensiven Fürchterlichkeit so prägend und einschneidend“ gewesen, „dass diese kurze Epoche, diese kurzen zwölf Jahre unserer Geschichte“ eine „gewaltige Zäsur“ darstellten. Antisemitischer Hass in NRW gehe aktuell von Personen mit Migrationshintergrund aus, die unter dem Schutz anderer Parteien stünden.

„Was wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, war keine legitime Kritik an der Politik des israelischen Staates“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. „Es war Hass mit dem Ziel, den Staat Israel von der Landkarte zu tilgen.“ Antisemitismus finde sich in den Reihen „einer national-völkischen Partei, die auch bei uns am rechten Rand dieses Plenarsaals sitzt“, so Löttgen. „Wer wie die AfD Antisemitismus salonfähig macht, konterkariert sich selbst, wenn er sich pro-israelisch nennt.“ Antisemitismus im Rechts- und Linksextremismus sowie im „radikal-islamischen Hass der Dschihadisten“ müsse entschieden bekämpft werden.

Die Orte für legitimen Protest seien die Plätze vor Parlaments- und Regierungsgebäuden, nicht die Plätze vor Synagogen, betonte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Wer das Leid der Menschen in Gaza missbrauche, um

seinen Antisemitismus zu rechtfertigen, verdiene keinen Respekt. „Die abscheulichste Verlogenheit kommt von ganz rechts“, fügte Kutschaty hinzu. Die Bedrohung des jüdischen Lebens sei für manche nur ein willkommener Anlass, um gegen Muslime in Deutschland pauschal zu hetzen. „Auch der Islamismus ist eine Bedrohung in Deutschland. Aber die AfD ist es nicht weniger“, so Kutschaty.

„Es gibt in Nordrhein-Westfalen keinen Platz für Antisemitismus“, unterstrich **Christof Rasche**, Vorsitzender der FDP-Fraktion. 90 Prozent der 280 antisemitischen Straftaten des vergangenen Jahres gingen auf die rechtsextremistische Szene zurück, sagte er. „Wer den Holocaust leugnet, ist ein Antisemit. Und wer solchen Leugnern nicht widerspricht, macht sich mitschuldig“, erklärte er und wandte sich an die AfD: „Reden am Rednerpult reichen nicht aus.“ Die Partei müsse in ihren sozialen Netzwerken „klipp und klar“ Stellung beziehen, solchen Aussagen widersprechen und jede Zusammenarbeit mit Holocaust-Leugnern ablehnen.

„Unerträglich“

„Dass Jüdinnen und Juden unverhohlener Hass entgegenschlägt, dass Synagogen angegriffen werden, dass Israel-Flaggen auch hier in Nordrhein-Westfalen brennen, ist unerträglich“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Es sei keine neue Erkenntnis, dass gewaltsame Konflikte in Nahost zu antisemitischen Handlungen in Deutschland führten. Der Antisemitismus werde „dann nur sichtbar, vorhanden war er auch vorher“. Selbstverständlich dürfe die Regierung Israels

kritisiert werden, sagte Schäffer. In Gelsenkirchen aber sei keine sachliche Kritik am Handeln Israels geübt worden. Dort habe sich „offener Antisemitismus“ entladen.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sagte, das klare Bekenntnis „Nie wieder“ nach dem „einzigartigen Menschheitsverbrechen der Shoa“ bezeichne eine historische Verantwortung und präge das konkrete Handeln. Das Existenzrecht Israels und seine Sicherheit seien Teil der deutschen Staatsräson. Dazu gehöre, die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in NRW mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Laschet kündigte an, dass der Landesinnenminister am Folgetag mit den jüdischen Gemeinden über die aktuelle Sicherheitslage sprechen werde. Er betonte: „Wir werden den Kampf gegen den Antisemitismus verstärken müssen.“ *tob, sow, zab, wib*

Empfang

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hatte vor Beginn der Sitzung Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Landes- und Synagogenverbände, darunter den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, sowie die Antisemitismusbeauftragte des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, empfangen. Sie verfolgten die Debatte im Anschluss an den Empfang von der Tribüne aus. Der Präsident dankte ihnen für ihre Teilnahme und sagte u. a.: „Vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte und unserer Verbundenheit mit Israel ist es für Demokratinnen und Demokraten unerträglich, wenn bei uns eine israelische Flagge brennt. Antisemitische Rufe, jüdenfeindliche Hetze und holocaustverherrlichende Parolen werden wir in Nordrhein-Westfalen nicht hinnehmen.“



Innenstädte

19.5.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Antrag zur Stärkung der Innenstädte vorgelegt. Neben Gastronomie und Kultur gehöre vor allem der stationäre Einzelhandel zu deren „Lebensadern“. Sie seien jedoch „massiv von der Corona-Pandemie und den erforderlichen Schließungen zur Kontaktreduzierung getroffen“, heißt es im Antrag ([17/13765](#)) der Fraktionen. Der Handelsverband Deutschland sehe ein „akutes Insolvenzrisiko für 50.000 Geschäfte mit über 250.000 Beschäftigten und eine drohende Verödung der Innenstädte“. Die Landesregierung solle ihre „in Deutschland bislang einzigartige Innenstadtoffensive“ konsequent umsetzen, schreiben die Fraktionen. Zudem solle sie gemeinsam mit den Kommunen ein „strategisches Leerstandsmanagement“ aufbauen und sie bei der Stärkung ihrer Wirtschaftsförderung unterstützen. CDU und FDP schlagen den Einsatz von City-Managerinnen und -Managern vor. Für sie sei ein „zertifiziertes Berufsbild“ anzustreben. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen.

Kinder und Corona

19.5.2021 – Die Grünen-Fraktion thematisiert in einem Antrag ([17/13775](#)) die Belastung von Kindern und Jugendlichen durch die Coronapandemie. Zwar seien die Infektionszahlen in diesen Altersgruppen längst nicht so hoch wie bei Erwachsenen, trotzdem seien die jungen Menschen stark von der Pandemie betroffen und psychosozial belastet, betont die Fraktion. „Sowohl die Aneignung der eigenen Lebenswelt für Kinder als auch die Räume für Jugendliche, sich auszuprobieren als Teil des Erwachsenwerdens, standen jungen Menschen kaum noch zur Verfügung“, heißt es im Antrag. Knapp jedes dritte Kind zeige psychische Auffälligkeiten, 85 Prozent der Jugendlichen litten nach eigenen Angaben unter einer geminderten Lebensqualität, zitiert die Fraktion Studien. Zukunftsangst, Bewegungsmangel, ein Großteil des Lebens vor dem Laptop oder Handy, nicht nur wegen digitalen Unterrichts, sondern auch als „eine der wenigen Möglichkeiten, mit Freundinnen und Freunden in Kontakt zu bleiben“ – so skizziert die Fraktion die Situation von Kindern und Jugendlichen. Sie fordert u. a. einen Expertenkreis aus Wissenschaft, Jugendhilfe und Elternvertretungen, Frei-

zeitangebote im Außenbereich, einen Stufenplan für Präsenzangebote und einen „NRW-Zukunftsfonds“ zur Bewältigung der coronabedingten Folgen bei Kindern und Jugendlichen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (federführend) überwiesen.

Online-Medienmarkt

19.5.2021 – Der Landtag hat sich mit einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion zur „Situation und Entwicklung des Online-Medienmarktes in Nordrhein-Westfalen“ ([17/10730](#)) sowie der Antwort der Landesregierung ([17/12788](#)) befasst. Klassische Presseerzeugnisse wie Tageszeitungen hätten immer öfter Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Lokalredaktionen, schreibt die Fraktion. Unklar sei, wie sich der Medienmarkt online entwickle und welche Rolle er für die lokale Medienvielfalt in NRW spielen werde. Die Fraktion hatte 91 Fragen u. a. zu den Themen „Medienlandschaft online“, „Redaktionen und Personal“, „Wirtschaftliche Entwicklung“ und „Maßnahmen zur User-Bindung“ gestellt. In ihrer 313 Seiten umfassenden Antwort legt die Landesregierung dar, dass die „zunehmende

Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs

Der Landtag hat am 19. Mai 2021 Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb zur Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt. Die Kölner Universitätsprofessorin (66), die bereits seit 2006 Mitglied des Verfassungsgerichts ist, folgt auf Dr. Ricarda Brandts, die in den Ruhestand geht. Dauner-Lieb war von den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen für das höchste Richteramt des Landes vorgeschlagen worden. In einer kurzen Rede bedankte sie sich für das in sie gesetzte Vertrauen und nannte die Wahl „eine ganz große Ehre“.

Foto: Schälte





Konvergenz der Medienangebote im digitalen Wandel“ zu einer engen Verzahnung von analogen und digitalen Angeboten führe. Der Online-Medienmarkt werde „ganz überwiegend von Medien und Medienmarken geprägt, die bereits am Markt und erfolgreich waren, als Online-Medienmärkte noch keine Rolle spielten“. Das seien wesentlich die Angebote der (regionalen) Tageszeitungen, der lokalen Radiosender, die Angebote des Westdeutschen Rundfunks sowie der Anzeigenblätter.

Hebammen

19.5.2021 – Die AfD-Fraktion hat einen Antrag ([17/13760](#)) eingebracht, in dem sie mehr Unterstützung für Hebammen fordert. Sie seien als „essentielle Säule im Gesundheitswesen“ systemrelevant, heißt es. „Corona hat den Alltag von Schwangeren und Hebammen in besonderem Maße verändert“, schreibt die Fraktion. An die Stelle einer persönlichen Betreuung sei eine „rudimentäre Versorgung auf digitalem Weg“ getreten. Die AfD fordert u. a., „eine Lockerung der Kontaktbeschränkungen zu prüfen, um somit Geburtsvorbereitungs- und Rückbildungskurse wegen ihrer medizini-

schen Notwendigkeit unter der Voraussetzung funktionierender Hygienekonzepte stattfinden zu lassen“. Zudem solle die Landesregierung die Auszahlung einer finanziellen Aufwandsentschädigung prüfen, „welche den Hebammen die zusätzlich entstandenen und nicht erstattungswürdigen Kosten für Schutzausrüstungen, Hygieneartikel und den entstandenen Verdienstausschlag etc. in Teilen kompensieren soll“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgewiesen.

Enquetekommission

20.5.2021 – Die Enquetekommission III zum Thema „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ hat im Plenum ihren Abschlussbericht ([17/13750](#)) vorgestellt. Das Gremium war auf Antrag der CDU eingesetzt worden. Die Kommission habe sich ein Jahr lang mit Herausforderungen auf der kommunalpolitischen Ebene befasst, heißt es in dem Bericht. Auf Basis eines breit angelegten Meinungsbildungsprozesses, unter Einbeziehung externer Sachverständiger aus Wissenschaft, Verbänden und

Zivilgesellschaft, seien Handlungsempfehlungen erarbeitet worden. Sie sollen dazu beitragen, „die Attraktivität und Rahmenbedingungen des kommunalpolitischen Ehrenamts, auch unter Einbeziehung digitaler Entwicklungen, sowie die gesellschaftliche Repräsentation, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Frauen zu stärken“. Der Bericht sei das „Ergebnis eines offenen, interfraktionellen Prozesses, der die zielorientierte Zusammenarbeit und den Innovations- und Gestaltungswillen der Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtags widerspiegelt, im Ringen um die besten Ansätze zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie in Nordrhein-Westfalen“. Enquetekommissionen werden zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe eingesetzt.

Familie und Bildung

20.5.2021 – Die SPD-Fraktion hat einen umfassenden Plan zur Stärkung von Familien sowie von Bildungschancen für Kinder vorgelegt. Im Zuge einer „Politik für Chancengleichheit“ müsse u. a. das Modell der Familienzentren von Kitas auf Grundschulen ausgeweitet werden, fordert die Fraktion in einem Antrag ([17/13777](#)). Nötig sei



Neue Verfassungsrichter

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 19. Mai 2021 dem neuen Richter am Verfassungsgerichtshof NRW Prof. Dr. Bernd Grzeszick (v. r.) sowie den beiden neuen stellvertretenden Mitgliedern Prof. Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof und Dr. Michael Haas den Amtseid abgenommen. Sie waren zuvor auf Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen vom Landtag gewählt worden. Das Ausscheiden der bisherigen Präsidentin, ihres Stellvertreters und eines weiteren stellvertretenden Mitglieds hatte die Wahl notwendig gemacht.

Fotos (Montage): Schälte





eine „Ausbau- und Qualitätsoffensive für Kitas und Schulen“, um ausreichend Betreuungsplätze an Kitas und Ganztagsgrundschulen zu schaffen. Prekäre Beschäftigung im Bildungssektor müsse verhindert, eine „beamten- und tarifrechtliche Aufwertung“ für alle Bildungsberufe erarbeitet werden. Befristete Stellen müssten entfristet und Lehrerinnen und Lehrer nach Entgeltgruppe A13 bezahlt werden. Ein „Kita-Zukunftsgesetz“ solle „umfassende Beitragsfreiheit für die frühkindliche Bildung“ sowie ein kostenfreies Mittagessen garantieren. Weitere Forderungen: die Einführung eines landesweit kostenfreien Kinder- und Jugendtickets sowie Familienarbeitszeitmodelle, „um Eltern von Kindern unter 10 Jahren durch vollzeitnahe Teilzeit eine partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zu ermöglichen“. Dafür solle ein staatlicher Lohnausgleich eine Reduzierung der Arbeitszeit um 20 Prozent für beide Eltern ermöglichen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

Klimaschutz

20.5.2021 – Die Grünen-Fraktion fordert Nachbesserungen beim Klimaschutz. Das Bundesverfassungsgericht habe Ende April festgestellt,

dass die bisher im Bundes-Klimaschutzgesetz beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichend seien. Die Landesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass der Bund noch in der aktuellen Legislaturperiode ein neues Klimaschutzgesetz vorlege, schreibt die Fraktion in einem Antrag (17/13771). Zudem müsse das Klimaschutzgesetz NRW angepasst werden – etwa durch „detaillierte, jahresscharfe Emissionsminderungspfade für alle relevanten Sektoren“. Der im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes NRW werde diesem Anspruch „in keiner Weise gerecht“. Er bleibe „in seiner Unbestimmtheit sogar weit hinter dem Bundes-Klimaschutzgesetz zurück“. Spätestens 2030 müsse Schluss sein mit der Kohleverstromung in Deutschland, fordern die Grünen. Die Landesregierung müsse eine neue Leitentscheidung für das Ende der Braunkohleförderung im Rheinischen Revier vorlegen, die einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 formuliere und weitere Umsiedlungen für die Braunkohle ausschließe. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD enthielt sich. Ein Entschließungsantrag von CDU und FDP (17/13843) wurde gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD angenommen.

Bauen mit Holz

20.5.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP setzen sich in einem Antrag (17/13768) für das Bauen mit Holz ein. Dem Bau- und Werkstoff komme „eine große ökologische und klimapolitische Bedeutung zu“, schreiben sie. Die Landesregierung habe bereits mit einer Vielzahl von Maßnahmen den Einsatz von Holz beim Bauen vorangebracht und gesteigert. Aktuell komme es jedoch zu „kurzfristigen Versorgungsengpässen und Preisanstiegen auf dem Schnittholzmarkt“. So seien beispielsweise Sperrholz und bestimmte Spanplatten „derzeit nur noch eingeschränkt verfügbar“. Die „NRW-Koalition“ habe diese Probleme im Blick. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, das Bauen mit Holz „noch stärker in den Fokus des Bauwesens zu rücken“. Zu prüfen sei, ob zusätzliche Förderprogramme aufgelegt werden können. Gemeinsam mit Innungen und Fachverbänden solle sie zudem überprüfen, ob die Verwendung von „geringfügig borkenkäfergeschädigtem Holz“ möglich sei. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen angenommen. Dagegen stimmten SPD und AfD.



Datenschutzbeauftragte

Bettina Gayk ist die neue Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Landtag wählte sie am 19. Mai 2021 auf Vorschlag der Landesregierung. Damit folgt sie auf Helga Block, die im vergangenen Jahr nach fünf Jahren Amtszeit in den Ruhestand gegangen ist. Der Präsident des Landtags, André Kuper, gratulierte der neuen Landesbeauftragten und wünschte ihr viel Erfolg für ihre Aufgabe.

Foto: Schälte

Corona: Die Jungen im Blick

Debatte über Situation von Kindern und Jugendlichen

19. Mai 2021 – Angesichts sinkender Infektionszahlen steigt die Aussicht auf Lockerungen in der Corona-Pandemie. Über dieses Thema debattierte der Landtag nach einer Unterrichtung durch Ministerpräsident Armin Laschet. Schwerpunkt: Perspektiven für Kinder und Jugendliche. Laschet kündigte eine Rückkehr zum Präsenzunterricht ab dem 31. Mai bei stabilen Inzidenzen unter 100 an.

Die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz für Nordrhein-Westfalen war laut Robert Koch-Institut zuvor auf einen Wert von 79,9 weiter gesunken. Nach der Bundesnotbremse ist Präsenzunterricht verboten in Kreisen und kreisfreien Städten mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von 165 oder mehr.

Der Scheitel der dritten Corona-Welle sei überschritten, sagte Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU). Wenn das Infektionsgeschehen es zulasse, würden die nächsten Öffnungsschritte nicht erst am 4. Juni, sondern zum 28. Mai ermöglicht. Alle Schulformen würden bei einer stabilen Inzidenz von unter 100 ab dem 31. Mai wieder in den Präsenzunterricht zurückkehren. Auch Hochschulen könnten noch im aktuellen Semester Präsenzangebote machen. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe könnten ab 29. Mai weitgehend öffnen. Zahlreiche Unterstützungsprogramme sowie Impfangebote für Kinder ab 12 Jahren seien in Planung.

Optimismus dürfe nicht zu Leichtsinns führen, mahnte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Erst die Bundesnotbremse habe das „zögerliche und zauderhafte“ Agieren von Ministerpräsident Laschet beendet. Im Herbst 2020 und Frühjahr 2021 habe die Landesregierung „sehenden Auges“, aber „völlig unvorbereitet“ die Schulen geschlossen. „Noch nie gab

es so wenig Unterstützung für die Bildungspolitik einer Landesregierung wie derzeit“, so Kutschaty. Um eine „Bildungskatastrophe“ zu verhindern, brauche es u. a. eine Qualitäts- und Ausbauoffensive für Schulen und Kitas sowie „beste Betreuung, beste Bildung und eine Entlastung für Familien“.

„Unschätzbare Beitrag“

„Mit dem verantwortungsvollen Umgang der allermeisten Kinder und Jugendlichen, Mütter und Väter, Omas und Opas, Onkel und Tanten mit den Herausforderungen dieser Pandemie haben Familien einen unschätzbaren Beitrag zur Bekämpfung geleistet“, unterstrich CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. In einer Studie hätten 65 Prozent der befragten Jugendlichen ausgesagt, mit ihren Sorgen und Nöten während der Pandemie eher nicht oder gar nicht von der Politik gehört zu werden. Löttgen richtete das Wort „an die 65 Prozent der Jugendlichen: Wir haben zugehört, wir werden entscheiden und wir werden mehr als bisher unser Handeln danach ausrichten“.

„Kinder und Jugendliche leisten in dieser Pandemie Außergewöhnliches“, betonte auch **Josefine Paul**, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Aber Applaus alleine genüge nicht, nötig seien

vielmehr mittel- und langfristige Perspektiven. „Diese Krise wird für Viele tiefere Spuren hinterlassen, als durch eine einfache Öffnung der Schulen zu beheben sein wird“, sagte sie. „Es darf nicht sein, dass wir jetzt über Biergärten diskutieren, während Kinder und Jugendliche wieder zu Hause sitzen“, mahnte sie eine zügige Umsetzung der angekündigten Präsenzangebote in der Jugendhilfe an. Die Bewältigung der Pandemiefolgen gehörten bereits jetzt in den Fokus.

Der Koalition sei es stets um die „richtige Balance“ zwischen Gesundheitsschutz sowie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken gegangen, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Dies habe sich bewährt. Man habe immer wieder geprüft, ob Öffnungen in bestimmten Bereichen riskiert werden könnten. Damit junge Menschen in der Pandemie nicht auch zu Verlierern werden, müssten Risiken abgewogen werden. „Wir sind aber auch gefordert, gewisse Risiken einzugehen“, sagte Rasche. Das gelte gerade dann, wenn man nach einer Überprüfung zu der Überzeugung gelange, dass sie beherrschbar seien.

Helmut Seifen (AfD) kritisierte u. a. „Horrorerzählungen“ über überfüllte Intensivstationen und anstehende Triagen. Sie seien „nicht wahr, aber offensichtlich notwendig und wirksam“. In diesem Sinne seien „zahlreiche Corona-Aktivisten unterwegs, die mit ihren notwendigen und wirksamen Hochrechnungsmodellen zwar nicht der Wahrheit nachspüren, aber das Notwendige erledigen“. Immer wieder hätten die „bestellten Wissenschaftler“ falsch gelegen. Dennoch sei die Politik ihren Forderungen, „das öffentliche Leben stillzulegen“, gefolgt. Die Situation bei Schülerinnen und Schülern sowie Kita-Kindern sei „zum Erbarmen“. *tob, sow, zab*



Fotos: Schälte

Ministerpräsident
Armin Laschet (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Josefine Paul (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Helmut Seifen (AfD)

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG NRW) | [17/13799](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. Mai 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#), [17/13784](#), [17/13788](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 19. Mai 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesrichter- und Staatsanwaltegesetzes | [17/13427](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 19. Mai 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Vorschriften | [17/13663](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. Mai 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Hafensicherheitsgesetzes | [17/13664](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. Mai 2021 | Überweisung an den Verkehrsausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | [17/13665](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 19. Mai 2021 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz) | [17/13800](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. Mai 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen in Nordrhein-Westfalen | [17/13033](#), [17/13846](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 20. Mai 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Ergänzung einer Zuständigkeitsregelung im Infektionsschutz- und Befugnisgesetz | [17/13568](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 30. April 2021 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/13357](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen |

[17/13426](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze | [17/13240](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwaltegesetzes – LRiStaG | [17/13063](#) | Grüne | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) | [17/13064](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 | [17/12978](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | [17/13070](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/12976](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KlAnG) | [17/12977](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz) | [17/12755](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | [17/12306](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | [17/12423](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über Zuständigkeiten und zur Umsetzung des vereinheitlichten Energieeinsparrechts für Gebäude

(GEG-Umsetzungsgesetz – GEG-UG NRW) | [17/12424](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/12383](#) | AfD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/12059](#) | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [17/12033](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) | [17/12073](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/11622](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes | [17/11624](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Arm und reich

Anhörung im Fachausschuss zum „Sozialbericht NRW 2020“

5. Mai 2021 – Im Dezember 2018 erhielten nach Angaben der Landesregierung rund 2 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sogenannte Mindestsicherungsleistungen. Dazu zählen u. a. Hartz IV und Leistungen zur Grundsicherung im Alter. Die Quote in NRW habe mit 11,3 Prozent über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 8,7 Prozent gelegen. Auf der anderen Seite verfügten 14,1 Prozent der Menschen über „Vermögensreichtum“ (ab 146.620 Euro). Dabei sei nur der „gehobene Wohlstand“ erfasst, die „erheblichen Summen der Top-Vermögenden“ seien in den Analysen nicht enthalten.

Foto: picture alliance / Fotostand

Die Zahlen gehen aus dem „Sozialbericht NRW 2020“ der Landesregierung hervor. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben sich Sachverständige zum „Armut- und Reichtumsbericht“ (Untertitel) geäußert.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erstelle den Bericht einmal pro Legislaturperiode, heißt es in einer Vorlage der Landesregierung ([17/4607](#), Kurzfassung; [17/4608](#), Langfassung): „Eine umfassende Datenbasis und die differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen sind notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsplätze schafft und erhält sowie soziale Ausgrenzung verhindert.“

Man lege den Bericht vor, „obwohl wir wissen, dass Corona und seine Folgen die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ganz Deutschland in vielerlei Hinsicht ändern werden“. Einige Entwicklungen zeichneten sich bereits ab, für eine abschließende Beurteilung fehlten aber noch belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse. Diese solle später im Rahmen der laufenden Sozialberichterstattung erfolgen. Schwerpunkt des Berichts sei diesmal das Thema Wohnraum.

Die Arbeitsgemeinschaft „Freie Wohlfahrtspflege NRW“ bezeichnet den Bericht in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss als „das umfassende Datenwerk zur Darstellung der sozialen Lage in NRW“. Allerdings könnten „weder Schlüsse aus den Zahlen noch Maßnahmen zur Veränderung abgeleitet werden“. Erforderlich sei ein zusätzliches Kapitel im Sozialbericht mit dem Titel „Bewertung“.

Der „regelmäßigen, lebenslagenorientierten Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ komme als Bestandsaufnahme eine wichtige Rolle zu, schreibt der Sozialverband Deutschland. Sie trage dazu bei, „einer politischen Verdrängung von Armut und sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken, wie sie noch bis in die 1990er-Jahre hinein zu beobachten war“. Die Hoffnung auf „substantielle politische Orientierungen und Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit und zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit“ hätten sich jedoch nicht erfüllt. Die „maßgeblichen Gesetzgebungskompetenzen“ lägen beim Bund. Mit „Bordmitteln“ des Landes und der Kommunen sei wenig auszurichten.

Folgen der Pandemie

Man begrüße, „dass in der Sozialberichterstattung des Landes NRW auf das Ausmaß und die Entwicklung sozialer Ungleichheit eingegangen wird“, schreibt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Zugleich greife die Sozialberichterstattung die Folgen der Pandemie auf, „mit der Perspektive, die Phänomene in naher Zukunft zu beleuchten“. Dies müsse früher erfolgen. Schon jetzt zeige sich, „dass Corona zu einer Verschärfung der Ungleichheit geführt hat“.

Der Sozialverband VdK sieht das ähnlich. Bereits heute lasse sich sagen, „dass insbesondere einkommens- und sozialschwache Personengruppen von der Pandemie besonders hart betroffen sind“. So sei „insbesondere das Risiko einer Corona-Infektion für arme Menschen und prekär Beschäftigte deutlich höher“.

Der Kinderschutzbund weist in seiner Stellungnahme auf das Thema Kinderarmut hin. 2019 habe die Armutsrisikoquote für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bundesweit bei 20,5 Prozent gelegen. In Nordrhein-Westfalen seien es 25,2 Prozent gewesen. Die Dunkelziffer sei hoch. Durch die Corona-Pandemie werde sich das Ausmaß weiter verschärfen.

Der Verband „Die Wohnungswirtschaft im Westen“ widmet sich in seiner Stellungnahme der Situation auf dem Wohnungsmarkt. Er weist auf die „extrem dynamische Entwicklung der Baupreise“ und die „hohe Konkurrenz um Bauland“ hin und empfiehlt u. a. eine „Stärkung der gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft“. Wohnungsunternehmen und -genossenschaften befänden sich in einem „starken Wettbewerb um Bauland und Ressourcen mit Projektentwicklern, Immobilienfonds etc., die in erster Linie hochpreisigen (Eigentums-)Wohnraum zum Weiterverkauf entwickeln und nicht als langfristige Partner in der Stadt- und Quartiersentwicklung zur Verfügung stehen“.

„unternehmer nrw“, die Landesvereinigung der Unternehmensverbände, weist auf die Bedeutung von Bildung hin. Armut werde „vor allem dort sichtbar, wo das Bildungsniveau niedrig ist und/oder wo Arbeitslosigkeit vorliegt“. Es sei daher eine „Schlüsselaufgabe der Landespolitik, die Bildungsqualität stetig zu verbessern“.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den [Seiten 10 und 11](#).

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Sozialbericht NRW 2020“



Der Sozialbericht ...

... ist ein wichtiges Instrument, um mit Daten und Fakten ein Lagebild unserer Bevölkerung in NRW zu bekommen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Menschen, die zu den sozial Schwächeren gehören. Auch wenn der aktuelle Sozialbericht tendenzielle Besserungen aufzeigt, bedarf es weiterer intensiver Anstrengungen. Dafür bietet der Bericht die richtige Grundlage.

... zeigt, dass in NRW jedes fünfte Kind in Familien lebt, in denen das Geld knapp ist und die Eltern Sozialleistungen beziehen. Deswegen brauchen wir eine Kindergrundsicherung. Auch die Einkommen sind ungleich verteilt, insbesondere bei den Frauen. Sie arbeiten deutlich häufiger für Niedriglöhne. Deswegen brauchen wir mehr Tarifverträge für faire Löhne und als Schutz gegen Altersarmut.

Armut ...

... hat sich leider in NRW auf einem hohen Niveau stabilisiert. Fast jede beziehungsweise jeder Sechste ist von relativer Einkommensarmut betroffen. Das verfügbare Einkommen ist in NRW zwar in den vergangenen Jahren gestiegen, aber die Ungleichheit der Vermögensverteilung ist erheblich. Das hat deutliche Folgen für die Wohnverhältnisse, für Bildung, das Erwerbsleben, die Gesundheit etc. und muss von der Politik beachtet werden.

... muss konsequent bekämpft werden! Das bestätigt der Sozialbericht NRW eindrucksvoll. In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Ungerechtigkeiten, mit denen die Menschen tagtäglich konfrontiert sind. Besonders betroffen sind Kinder, ältere, alleinerziehende und langzeitarbeitslose Menschen. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit bleibt daher eine zentrale Aufgabe für die Politik in NRW.

Reichtum ...

... ist ein Privileg, das mit Verantwortung verbunden ist. Und dieser müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auch bewusst sein. Gerade in dieser Verantwortung darf man die Schwächeren in der Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren. Als Politik müssen wir nach wie vor das Versprechen geben, dass jeder Mensch die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs durch Bildung, Arbeit und Fleiß ermöglicht bekommt.

... ist ungleich verteilt. Es gibt immer mehr Reiche. Gleichzeitig wächst die Gruppe der Armen. Die Vermögensverteilung ist extrem ungerecht und hat in vielen Fällen nichts mehr mit der eigenen Leistung zu tun. Wir brauchen daher auch eine gerechte Steuerpolitik und eine Debatte über Umverteilung von Vermögen. Nur so kann die gesellschaftliche Schieflage zwischen Reich und Arm bekämpft werden.

Die Corona-Pandemie ...

... hat die Situation für sozial schwächer gestellte Menschen noch erschwert. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt, der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen ist noch schwieriger geworden. Kurzarbeit und Jobverluste betreffen einen großen Teil der Bevölkerung. Auch Homeschooling und Kinderbetreuung sind vor allem für Familien aus sozial schwächeren Milieus eine große Herausforderung.

... trifft die Armen am stärksten. Studien belegen, dass Menschen in schlechter bezahlten Jobs stärker von Kurzarbeit bedroht sind. Minijobber verlieren häufiger ihre Arbeit. Wer schon vorher gemessen am Einkommen zu den unteren 20 Prozent der Gesellschaft gehörte, gerät überdurchschnittlich oft in finanzielle Notlagen. Wir brauchen daher eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Armut.



... ist mit seinen Daten zur sozialen Lage in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Stütze, um bestehende Problemstellungen zu identifizieren und Lösungen zu erarbeiten. Abhängig von Aktualität und Turnus der einbezogenen Statistiken stammen die Daten im Bericht in vielen Fällen aber aus dem Jahr 2018. Der Sozialbericht kann deshalb die aktuellen Entwicklungen in Folge der Pandemie nicht abbilden.

... bedeutet eine schwierige Lebenssituation für die Betroffenen, die wir vermeiden und bekämpfen müssen. Die FDP-Fraktion setzt insbesondere auf Bildung – von der Kita über die Förderung von Schulen anhand sozialer Indizes, die Stärkung der dualen Ausbildung und Berufsberatung bis zum Abbau von Hürden beim Einstieg in Arbeit. Wir eröffnen Chancen, damit Menschen sich aus prekären Lebensverhältnissen herausarbeiten können.

... wird oft als politischer Kampfbegriff verwendet. Eine Neiddebatte über Begrifflichkeiten lehnt die FDP-Landtagsfraktion ab. Stattdessen wollen wir Aufstiegschancen für Menschen unabhängig von ihrer Herkunft verbessern. Dazu gehört es, Bildungschancen zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

... bedroht nicht nur die Gesundheit, sondern auch die wirtschaftliche Existenz von Menschen. Deshalb hat NRW zahlreiche Programme aufgelegt, um die Coronafolgen abzufedern, beispielsweise für Solo-Selbstständige, die durch das Bundesprogramm keine ausreichende Unterstützung erhalten haben. Wichtig ist, dass Schulabsolventen zügig Ausbildungsplätze finden, damit keine Brüche in den Erwerbsbiografien durch Corona entstehen.



... zeigt, dass Armut in NRW auf hohem Niveau stagniert und mit einer landesweiten Strategie bekämpft werden muss. Die Kommunen müssen mit klarer finanzieller Hilfe bei den Corona-Lasten und einem seit Jahren überfälligen Altschuldenfonds vom Land unterstützt werden. Nur so kann die öffentliche und soziale Infrastruktur gestärkt und können Menschen in besonders benachteiligten Stadtteilen entlastet werden.

... grenzt aus, macht krank und mindert Zukunftschancen. Das ist für Kinder besonders dramatisch. Auf Bundesebene muss deshalb eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. Auf Landesebene brauchen wir mehr Investitionen in Bildung und bessere Teilhabechancen für Kinder.

... ist im Sozialbericht aufgrund fehlender Daten beim Vermögensreichtum nur ungenau abgebildet. Klar ist aber, dass wir gerade zur Bewältigung der sozialen Folgen der Coronapandemie massive Investitionen benötigen. Daher brauchen wir eine bessere Erfassung von Vermögen und eine gerechtere Steuer- und Abgabepolitik, zum Beispiel durch eine verfassungsfeste und faire Erbschaftssteuer.

... wird die Armut deutlich verschärfen. Sachverständige rechnen mit einem starken Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit, sodass die Unterstützung hier massiv ausgebaut werden muss. Gleichzeitig brauchen wir endlich bessere Arbeitsbedingungen, um der Erwerbsarmut entgegenzutreten. Dazu muss auch das Land eine Vorbildfunktion einnehmen und Aufträge nur noch an Unternehmen mit fairen Arbeitsbedingungen vergeben.



... ist nicht nur ein wichtiges Werkzeug, um den Erfolg staatlicher Sozialpolitik zu kommunizieren. Da eine effiziente Sozialpolitik weit mehr sein muss als die Umverteilung von Geldern, sind ein ständiges Monitoring und eine Anpassung an dynamische Prozesse erforderlich. Dafür bietet der Sozialbericht ebenso die Möglichkeit, wie Maßnahmen neu auszurichten, zu evaluieren oder zu verstärken.

... ist leider auch in unserem Land und trotz Milliardenausgaben weiter ein akutes und zunehmend drängendes Thema. Insbesondere die fehlenden Wohlstandszuwächse der unteren Mittelschicht und eine Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit müssen uns als Politik aufrütteln. Es braucht intelligente, tragfähige Konzepte und manchmal auch den Mut zum Tabubruch.

... ist immer relativ und vielfach vor allem auch der Lohn von persönlichem Einsatz, Innovationsbereitschaft und Erfolg. Wichtig ist, dass bei hohem wirtschaftlichem Erfolg immer ein gewisser Mitnahmeeffekt im Sinne der sozialen Marktwirtschaft erhalten bleibt. Als Solidargemeinschaft dürfen wir nicht zulassen, dass Teile der Gesellschaft insgesamt abgehängt werden. Reichtum verpflichtet!

... und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung führen zu bislang unüberschaubaren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen. Hier sind wir als Politik gefragt, nicht nur auf hohe Effektivität zu achten, sondern aktiv und wachsam Härten abzufedern, um eine Verschärfung bestehender gesellschaftlicher Schieflagen abzumildern.



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Wir bringen neues Leben in die Innenstädte

Die Corona-Krise hat den Einzelhandel schwer getroffen – und damit auch die Innenstädte in NRW. Der Handelsverband warnt vor einer Pleitewelle und einer gleichzeitigen Verödung der Stadtzentren. Wir als NRW-Koalition aus CDU und FDP aber sind sicher: Wir können neues Leben in unsere Citys bringen. Gemeinsam haben wir eine Initiative eingebracht, um die Innenstadt zum Erlebnis- und Innovationsraum zu machen und den Einzelhandel im Strukturwandel zu stärken.



Oliver Kehrl (CDU)

Von Anfang an hatten wir in der Pandemie ein waches Auge auf die Gefahren für den Handel und die Lebendigkeit unserer Innenstädte. Die Landesregierung ist mit ihrem inzwischen 100 Millionen Euro starken Innenstadt-Sofort-

programm 2020 sowie dem gerade bis 2024 verlängerten Programm „Digitalcoaches“ Vorbild auch für andere Länder. Die Digitalcoaches haben bereits weit mehr als 1.000 Händler dabei unterstützt, auch digital von Kunden wahrgenommen zu werden. Jetzt folgt das Modell- und Forschungsprojekt „Innovationsraum Innenstadt“ mit zehn Millionen Euro, das einen Funktionsmix in den Zentren erreichen soll. „Die City wird künftig mehr sein als Ladenzeile“, sagt unser Beauftragter für Handel und vitale Innenstädte, Oliver Kehrl. „Wohnen, Arbeitsplätze, Gastronomie, Kunst und Kultur – wir brauchen neue Frequenzbringer und innovative Nutzung.“

Aber auch die Stärkung des Einzelhandels ist uns wichtig. Darum wollen wir faire und gleiche

Spielregeln für Online- und stationären Handel – eines der Ziele unserer aktuellen Initiative. Zudem brauchen wir ein professionelles digitales Leerstandsmanagement für unsere Städte und Gemeinden, um kreative Zwischennutzungen und Neuansiedlungen strategisch zu unterstützen und letztlich eine nachhaltige Innenstadtpolitik zu ermöglichen. Das Land soll die Kommunen auch beim Einsatz von City-Managern unterstützen und diese in einem NRW-weiten Netzwerk in den Austausch bringen. So gelangen gute Ideen von einer Stadt in die andere – und Ideen sind, was die vitale City der Zukunft braucht.



Die gute Arbeit von morgen gestalten – mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt

Die Berufswelt ändert sich rasend schnell – bedingt durch Digitalisierung und notwendigen Klimaschutz und beschleunigt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Mehr als eine Million Menschen haben seit Beginn der Corona-Krise im März vergangenen Jahres ihren Job verloren. Die soziale Ungleichheit hat zugenommen. Wenn wir die Pandemie endlich überstanden haben, stehen wir vor neuen Herausforderungen. Schon jetzt an die gute Arbeit von morgen zu denken – das ist unsere Aufgabe.



Wir können die derzeitige Krise auch als Wendepunkt für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Nordrhein-Westfalen begreifen. Und als Chance für einen sozialen Neustart nutzen – mit guten Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, besseren Löhnen und einem sozial gerechten Klimaschutz. Deswegen setzen wir uns für einen Stabilitätsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro für Klimaschutz und Beschäftigung ein.

Außerdem wollen wir mit einem Landesprogramm Gründungen von Betriebsräten för-

dern und eine vorbeugende Arbeits- und Qualifizierungspolitik verstärken. Zudem fordern wir 1.000 neue Stellen beim Arbeitsschutz. Derzeit stehen die Kontrolleure im Durchschnitt nur alle 25,5 Jahre bei einem Unternehmen vor der Tür.

Wir sind überzeugt: Jeder Job hat Wertschätzung, Sicherheit und Leistungsgerechtigkeit verdient. Deswegen fordern wir unter anderem ein Bündnis für Tariftreue zwischen der Landesregierung und den Tarifpartnern sowie flächendeckende Tarifverträge in allen Branchen. Mit diesen Impulsen können wir die gute Arbeit von morgen gestalten.



Nachhaltiges und innovatives Bauen mit Holz weiter fördern

Holz hat für die NRW-Koalition aus FDP und CDU enormes Potential, das Bauen in NRW innovativer, energieeffizienter und nachhaltiger zu gestalten. Bis zu 50 Prozent CO₂ kann ein Holzhaus im Vergleich zu einem Haus herkömmlicher Bauweise einsparen. „Wir möchten Bauen mit Holz noch stärker in den Fokus des Bauwesens rücken und die Menschen dafür begeistern“, erklärt der baupolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stephen Paul. Dazu haben die Fraktionen eine gemeinsame Initiative in den Landtag eingebracht.



Stephen Paul (FDP)

Der Anteil an Neubauten mit Holz und vom Umbau von Gebäuden mit Holzbauweise soll in NRW weiter gesteigert werden. Dazu kann auch das Land als Bauherr beitragen und soll zukünftig die Holzbauweise als einen wichtigen Bestandteil für modernes Bauen weiter integrieren. „Wir wollen, dass NRW als Land mit gutem Beispiel vorangeht. Landeseigene Bauprojekte aus Holz können eine hohe Strahlkraft für die Kommunen im Land sowie für private Initiativen entfalten“, betont Paul. Zudem sollen aktuelle Förderprogramme weiterentwickelt werden.

Um die Attraktivität des Holzbaus zu steigern, hat die NRW-Koalition in den letzten Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen auf den Weg gebracht. So wurden in der Wohnraum- und Städtebauförderung bereits Förderprogramme für das Bauen mit Holz für den privaten und öffentlichen Bereich aufgelegt. „In der aktuellen Landesbauordnung haben wir zudem die Holzbauweise bei Gebäuden mit vier oder mehr Stockwerken möglich gemacht. Das leistet vor allem für die Aufstockung von Bestandswohnungen einen wichtigen Beitrag“, erläutert Paul.



NRW muss Klimapolitik nachbessern

Mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz ist klar: Auch die Landesregierung muss ihren Klimaschutzkurs neu justieren. Der schwarz-gelbe Entwurf für das NRW-Klimaschutzgesetz enthält die gleichen Ziele wie das Bundes-Klimaschutzgesetz. Ein CO₂-Reduktionsziel von 55 Prozent bis 2030 ist unzureichend und muss deutlich erhöht werden. Die Landesregierung darf die großen Lasten zur CO₂-Reduzierung nicht auf kommende Generationen abwälzen und muss ihren Gesetzentwurf grundlegend überarbeiten. Das Klimaschutzgesetz NRW muss Treibhausgasminderungsziele für alle Sektoren enthalten, auch für die Jahre nach 2030. Entscheidend ist, dass das Klimaschutzgesetz NRW klar regelt, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Darüber hinaus muss die Landesregierung die Mobili-

täts- und Wärmewende sowie die Transformation der Industrie hin zur Klimaneutralität mit konkreten Maßnahmen beschleunigen.

Die schnellste Möglichkeit, Emissionen zu reduzieren, bietet die Energieversorgung. Der Kohleausstieg muss bis 2030 gelingen, sonst sind die Klimaziele nicht zu erreichen. Es ist vollkommen aus der Zeit gefallen, aktuell noch Menschen aus ihren Dörfern zu vertreiben und sie der Braunkohlegewinnung zu opfern.

Mit dem Ausstieg aus der Kohle ist der Einstieg in den verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien verbunden. Die schwarz-gelben Blockaden für die Windenergie passen nicht zu den Klimazielen und müssen endlich fallen. Dialog statt Abstand ist der Schlüssel für mehr Akzeptanz beim Windenergieausbau. Zudem müssen Solaranlagen auf geeigneten Dächern zum



Standard werden. Die Menschen in NRW verdienen eine gerechte Klimapolitik, die nicht nur Ziele vortäuscht, sondern auch danach handelt.



Einen Missbrauch der grundgesetzlich geschützten Religionsfreiheit dürfen wir nicht zulassen!

Artikel 4 unseres Grundgesetzes schützt die Freiheit, an das zu glauben, was man möchte, und garantiert so auch die Religionsfreiheit. Problematisch wird es, wenn dieses wichtige Recht als Deckmantel für andere Umtriebe missbraucht wird. Ein Vorwurf, den sich etliche islamische Dachverbände gefallen lassen müssen, von denen seit Jahren bekannt ist, dass sie zum Teil islamistisch beeinflusst oder gar unterwandert sind. Doch während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier die Beendigung staatlicher Kooperationen und Vertragsbeziehungen mit Organisationen des Politischen Islamismus fordert, unterstützt die NRW-Landesregierung solche Vereinigungen, und das auch mit Steuergeldern. So erhält das „Muslimische Engagement in NRW“ aktuell zwei Mio. Euro pro Jahr, obwohl bei deren

erstem Kongress u. a. die DMG, DITIB und der KDDM vertreten waren. Wie die Landesregierung auf Anfrage der AfD einräumen musste, sind zu insgesamt acht Vereinen, die im Jahre 2018 als Mitglieder des KDDM bezeichnet wurden, extremistische Bezüge bekannt. Trotz dieser Erkenntnisse hat das MKFFI nach der Veröffentlichung der Antwort der Landesregierung am 22. März 2021 den Kontakt zum KDDM offensichtlich erneut aufgenommen, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu besprechen. Für uns jedoch ist klar, dass Feinde unserer Verfassung nicht gleichzeitig Partner unseres Staates sein können. In einem Antrag fordert die AfD-Fraktion die Landesregierung daher nun auf, staatliche Kooperation und Finanzierung von islamistisch beeinflussten Islamverbänden auch auf Landesebene ein-

zustellen und gleichzeitig der Unterwanderung von Parteien wirksam entgegenzuwirken. Es sollte zudem eine Selbstverständlichkeit sein, bei den Dachverbänden maximale Transparenz einzufordern und jede Zusammenarbeit davon abhängig zu machen, dass sich die islamischen Dachverbände von denjenigen Mitgliedsorganisationen trennen, die in ihrer Ausrichtung und in ihren Zielen mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung unvereinbar sind. Einen Missbrauch der grundgesetzlich geschützten Religionsfreiheit dürfen wir nicht zulassen!





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Landesjubiläum

6.5.2021 – Am 23. August 2021 wird Nordrhein-Westfalen 75 Jahre alt. Der bevorstehende Landesgeburtstag war Thema im Hauptausschuss. Laut Vorlage [17/4782](#) der Staatskanzlei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Freundschaft mit dem Vereinigten Königreich. Die Planung von Veranstaltungen berücksichtige in besonderer Weise das Infektionsgeschehen der Corona-Pandemie. Diese könne auch die Umsetzung von geplanten Ausstellungen und Veranstaltungen der Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen beeinträchtigen, hieß es in einer weiteren (Vorlage [17/5091](#)) des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft. Dazu zählten etwa eine Jubiläumsausstellung vom 23. August an im Haus der Geschichte (Behrensbaubau, Düsseldorf) oder die Veranstaltungsreihe „eigenartig einzigartig“, die hartnäckige Klischees rund um Rheinland, Ruhrgebiet, Westfalen und Lippe jeweils vor Ort unterhaltsam thematisiere. „Just Married. 75 Jahre Briten in NRW“ und „Geschichte(n) mit Rheinblick“ sind Titel weiterer Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen in Planung zum Landesgeburtstag. Außerdem sei eine künstlerische Fassadeninstallation am Behrensbaubau beabsichtigt. Ausschussmitglieder stellten Nachfragen zur Beteiligung des Parlaments und zu digitalen Alternativen.

Junge Menschen und Corona

6.5.2021 – Im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend haben sich die Abgeordneten mit der Studie „Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie“ der Bertelsmann-Stiftung befasst. In der Pandemie fühlten sich rund 61 Prozent der Menschen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren einsam, berichtete Antje Funcke, Familien- und Bildungsexpertin der Bertelsmann-Stiftung, im Ausschuss. Rund 64 Prozent hätten angegeben, psychisch belastet zu sein. Zukunftsängste hätten 69 Pro-

zent der Befragten. Belastungslagen seien umso höher, je mehr sich junge Menschen um ihre finanzielle Situation sorgten. Sie hätten in der Pandemie zudem den Eindruck, dass ihre Sorgen von der Politik nicht gesehen würden – mit steigender Tendenz: Der Wert sei von April bis November 2020 von 44 Prozent auf 64 Prozent gestiegen. **Dr. Dennis Maelzer** (SPD) stellte fest, dass junge Menschen ihre politischen Anliegen vor der Pandemie stark in der Öffentlichkeit eingebracht hätten und sich die Frage stelle, in welche Kanäle dieses Engagement geflossen sei. **Josefine Paul** (Grüne) bemerkte, die Befunde der Studie seien „besorgniserregend“. Die Politik müsse reagieren und junge Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. **Jens Kamieth** (CDU) verwies darauf, dass der Begriff „Generation Corona“ aktuell häufig verwendet werde und es wichtig sei, die junge Generation wieder an das „normale Leben“ heranzuführen. **Iris Dworeck-Danielowski** (AfD) forderte, dass jungen Menschen mit einem langfristig angelegten Programm, aber auch kurzfristig geholfen werden müsse.

Straßenausbaubeiträge

7.5.2021 – Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem landeseigenen Förderprogramm zur Entlastung von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern sowie Erbbauberechtigten bei Straßenausbaubeiträgen befasst. Das Land Nordrhein-Westfalen habe im März 2020 ein entsprechendes Förderprogramm über jährlich 65 Millionen Euro neben einer Reform des Kommunalabgabengesetzes auf den Weg gebracht, heißt es in einem Bericht der Landesregierung (Vorlage [17/5128](#)). Dabei übernehme das Land die Hälfte der kommunalen Straßenausbaubeiträge. Die hälftige Entlastung erfolge durch die Gewährung von Zuweisungen an die Kommunen. Im ersten Quartal 2021 seien

205 Anträge mit einem Volumen von 6,6 Millionen Euro gestellt worden. Die landeseigene NRW.Bank habe 196 Anträge mit einem Volumen von rund 5,2 Millionen Euro bewilligt. Neun Anträge, die im März 2021 gestellt wurden, seien bis Ende März 2021 noch nicht entschieden worden. Negative Bescheide habe es nicht gegeben.

Scheidende Verfassungsrichterin

12.5.2021 – Im Rechtsausschuss hat Dr. Ricarda Brandts, scheidende Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW, auf die vergangenen acht Jahre zurückgeblickt. In ihre Amtszeit sei die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde gefallen. Seit 2019 können Bürgerinnen und Bürger als Einzelpersonen beim Verfassungsgerichtshof NRW gegen Landesgesetzgebung klagen, wenn sie sich durch diese in ihren Rechten verletzt fühlten. Die Zahl der Verfahren sei von insgesamt 6 im Jahr 2018 auf 96 im Jahr 2019 angewachsen und im Jahr 2020 weiter auf insgesamt 217 gestiegen. Brandts wertete die Einführung dieses „Jedermann-Rechts“ als eine Stärkung des Rechtsstaats. Auch das Rechtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger werde damit gestärkt. Eine Entscheidung über Individualverfassungsklagen erfolge in der Regel recht schnell, erklärte die Richterin. Seit der Corona-Pandemie habe ein Viertel (2021) bis ein Drittel (2020) dieser Klagen Corona-Einschränkungen zum Thema, etwa die Maskenpflicht, Einschränkungen der Berufsausübung oder das Aussetzen des Präsenzünterrichts. Bisher habe keine dieser Klagen Erfolg gehabt, weil der Schutz des Lebens als vorrangig eingestuft worden sei. **Sonja Bongers** (SPD), stellvertretende Ausschussvorsitzende, verabschiedete die Verfassungsrichterin, die zugleich auch Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts NRW ist, als eine „sympathische und starke Stimme der dritten Gewalt in Nordrhein-Westfalen“.

Porträt: Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Mehrdad Mostofizadeh. Der 52-Jährige ist Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion.

Ende März, die Debatte im Plenarsaal ist im vollen Gange, wird es emotionaler, hitziger. Es geht um Corona, wieder einmal. Während die Landesregierung ihr Konzept zur Pandemie-Bekämpfung vorstellt, kann Mehrdad Mostofizadeh nicht an sich halten. Von den Fraktionsreihen der Grünen aus mischt er sich ein. In Zwischenrufen mahnt der 52-Jährige an, dass zu viele Impfdosen ungenutzt seien, in Unternehmen zu wenig getestet werde, die Landesregierung schlichtweg den falschen Kurs fahre.

Mitmischen, widersprechen, eigene Standpunkte einbringen – für den Grünen-Politiker gehört das zum Ringen um die beste Lösung. „Ich bin eher der Typ, der das auch mal offener und klarer austrägt“, sagt Mostofizadeh, während er einige Wochen später in seinem Landtagsbüro sitzt. „Deutlich, aber nie unvereschämt“ – so halte er es in Debatten, sagt Mostofizadeh, der heute Sakko trägt, dazu ein lilafarbenes Hemd, Maske, keine Krawatte.

Das politische Geschehen kennt der Mann aus Essen aus unterschiedlichen Rollen: Von 2015 bis 2017 war er Fraktionschef der Grünen, als sie noch in Regierungsverantwortung standen. Aktuell, in der Opposition, bekleidet Mostofizadeh das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers und ist Sprecher der Fraktion für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Kommunalpolitik. Ein Wortführer, der die politische Bühne nicht scheut, und ein Profi im Politgeschäft, der Erfahrung aus mehr als drei Jahrzehnten einbringt.

Politisert habe ihn sein Elternhaus, resümiert Mostofizadeh: Sein Vater kam Mitte der 1960er-Jahre aus dem Iran nach Deutschland, um Maschinenbau zu studieren. Fragen rund um Menschenrechte und demokratische Impulse im Iran seien oft Thema daheim am

Küchentisch gewesen. Die Familie zog von Niedersachsen nach Essen, als Mehrdad Mostofizadeh fünf Jahre alt war. Sein Vater arbeitete beim Krupp-Konzern, schlug später eine Universitätslaufbahn ein und forschte als Professor zu Themen rund um Umwelt- und Energietechnik, während der Sohn in Essen zur Schule ging, Abitur machte und im Zivildienst als Altenpfleger arbeitete. Danach studierte er Sozialwissenschaft und Englisch. Später wechselte er zur Rechtswissenschaft in Bochum.

Menschenrechts- und Umweltthemen – und eine Zeitungsanzeige – führten ihn zu den Jungen Grünen. Er besuchte Diskussionsabende und war „sofort mittendrin“. Ein Jahr später, bei der Kommunalwahl in Essen, sei es ganz schnell gegangen, erzählt Mostofizadeh. „Schwupps stand ich auf der Liste für die Bezirksvertretung – und wurde gewählt.“ Da war er gerade mal 19 Jahre alt.

Es sei eine Zeit gewesen, als die Grünen noch ausgebremst worden seien. CDU und SPD hätten abwechselnd Anträge der Fraktion abgelehnt, ohne sie gelesen zu haben. Es klingt nicht bissig, wenn Mostofizadeh davon erzählt. Er muss auch nicht erwähnen, dass sich die Zeiten geändert haben und die Grünen vielerorts an Einfluss gewannen – auch im Landtag, wo Mostofizadeh von 2001 an als wissenschaftlicher Mitarbeiter zunächst für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ und später für die Bereiche Haushalt und Finanzen sowie Kommunalpolitik zuständig war.

Kommunen im Blick

Seit 2010 ist der Abgeordnete aus Essen selbst Mitglied im Landtag. Lange brachte er seine in Kommunen gestärkte Expertise als finanz- und haushaltspolitischer Sprecher ein. Noch heute versteht er sich als deren Fürsprecher. Seine Verbundenheit zu Essen wiederum zeigt sich auch an Bildern, die in seinem Büro hängen: Die Zeche Zollverein ist darauf zu sehen; viele Jahre war der Grünen-Politiker Mitglied im Aufsichtsrat der Entwicklungsgesellschaft Zollverein. Ein anderes Motiv zeigt eine Aschbahn, auf der Seniorinnen und Senioren zum Rollator-Rennen antreten. Ein drittes Bild wiederum ein Schachbrett mit Menschen im Miniaturformat, die sich um Figuren gruppieren – eine Anspielung auf Rotationen und Röcheln in der Politik.

Da kann es zu Niederlagen kommen, eine Erfahrung, die Mostofizadeh im vergangenen Jahr bei der Essener Kommunalwahl machte: Er trat als Oberbürgermeisterkandidat der Grünen an, hatte gegenüber dem amtierenden CDU-Kandidaten aber das Nachsehen. Dennoch: Es klingt nach Aufbruch, wenn der Grünen-Politiker über den Wahlkampf spricht und von den tausend Kilometern, die er mit dem E-Lastenrad zurücklegte. Ein Wahlkampf-Plakat hängt noch im Büro. „Für Kultur und Vielfalt“ steht darauf.

Ihm gehe es, sagt Mostofizadeh, neben der politischen Agenda auch um den politischen Stil: weg von der „paternalistische Ich-Mache-Alles-Für-Euch-Politik“, hin zu mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und mehr Vielfalt. Dafür werde er sich zu Wort melden, einbringen, streiten, sagt Mostofizadeh. Bestimmt auch bei den nächsten Debatten, wenn die Wogen im Plenum wieder höher schlagen. *tob*

Zur Person

Mehrdad Mostofizadeh wurde 1969 in Bad Gandersheim im Kreis Northeim in Niedersachsen geboren. Er ist verheiratet und Vater von drei erwachsenen Kindern. Von 1994 bis 2010 war er Mitglied im Essener Stadtrat.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ken Kesey's „Eine flog über das Kuckucksnest“, ein brillantes Buch, heiter und schaurig zugleich. Darauf aufbauend der packende Film mit einem grandiosen Jack Nicholson, der auf höchstem Niveau die finstersten Ebenen von Mensch und Gesellschaft durchleuchtet, trotzdem unterhält und letztlich in einem verheerenden Drama endet.

Welche Musik hören Sie gerne?

Nirvana, The Doors, Depeche Mode, aber auch Bach

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Stauder und herzhaften Hartkäse

Ihr liebstes Reiseziel?

Bretagne, Südfrankreich und Fahrradtouren in Deutschland

Kurz notiert

Endlagersuche

Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke hat am 4. Mai 2021 eine Ausstellung zur Suche nach einem Endlager für Atommüll eröffnet. Der Bundestag hatte nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 den Ausstieg aus der Atomenergienutzung beschlossen. Bis 2031 soll ein Standort ermittelt werden, an dem die hochradioaktiven Abfälle aus den Atomkraftwerken dauerhaft sicher endgelagert werden. Die Ausstellung „suche: x“ des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung zeigt u. a., wie genau das Verfahren der Standortauswahl funktioniert und wie die Bürgerinnen und Bürger an diesem Verfahren beteiligt sind. Die Vizepräsidentin sagte: „Ich bin froh, dass wir mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung einen Partner an unserer Seite haben, der die Frage der sicheren Entsorgung aus wissenschaftlicher Sicht begleitet und die Öffentlichkeit informiert. Die Ausstellung ‚suche: x‘ zeigt, wie der Auswahlprozess zur Endlagersuche beschrritten werden soll: transparent, kriteriengeleitet und partizipativ. Ich wünsche der Ausstellung Erfolg bei der Suche nach der Antwort auf die Frage nach dem richtigen Standort. Denn erst dann, wenn ein Endlager gefunden ist, wird der ‚Ausstieg aus der Atomkraft‘ wirklich vollzogen sein.“ Mehr Informationen: www.endlagersuche-infoplattform.de. Ein Video zur Ausstellungseröffnung finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Entdeckertouren

Auf Initiative des Präsidenten des Landtags, André Kuper, bietet das Parlament als Teil des Informationsangebots „Landtag macht Schule“ seit März 2021 digitale Entdeckertouren an. Auf diese Weise wird Schülerinnen und Schülern während der Corona-Pandemie ein virtueller Besuch des Landtags ermöglicht. Das Angebot gilt für 4. Grundschulklassen sowie Schulklassen ab Klasse 7 und ihre Lehrkräfte. Es werden unterschiedliche digitale Formate angeboten, bei denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch aktiv einbringen können. Denn auch in Corona-Zeiten arbeitet der Landtag weiter, beschließt Gesetze und debattiert aktuelle politische Themen. Weitere Informationen zu den digitalen Entdeckertouren erhalten interessierte Schulklassen unter (0211) 884-2955/-2302 oder besucherdienst@landtag.nrw.de.

Neue Ausgabe

Die neue Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 6. Juli 2021.

Beuys zum 100. Geburtstag

Anlässlich des 100. Geburtstags von Joseph Beuys hat der Landtag ein Werk des Künstlers in seine Sammlung aufgenommen. Präsident André Kuper nahm es am 11. Mai 2021 in Empfang. Die Farbserigraphie „Sonnenschlitten“ greift zwei immer wiederkehrende Motive des Künstlers auf: die Sonne als Symbol für das Positive und die Utopie sowie den Schlitten, der für die Fahrt beziehungsweise den Weg steht. Der Präsident sagte: „Demokratie braucht Kunst, die sich mit der Gesellschaft auseinandersetzt. Sie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, die unsere Staatsform leben und verteidigen. Joseph Beuys war einer von ihnen. Bis heute hat sein Wirken Spuren hinterlassen, gerade hier in Nordrhein-Westfalen, dem Lebensmittelpunkt des Künstlers.“ Beuys war am 12. Mai 1921 in Krefeld geboren worden. Er starb 1986 in Düsseldorf. Foto: Schälte/ Copyright VG Bild-Kunst, 2021

